

VONEINANDER LERNEN ODER EINÜBUNGEN INS TRENNENDVEREINENDE?

Bemerkungen zur britisch-deutschen Hochschulsituation*

RÜDIGER GÖRNER || Wechselseitige Wahrnehmungen führen zu Vergleichen in zumeist pädagogischer Absicht. Handelt es sich bei den Objekten solcher Wahrnehmungen und Vergleiche um verschiedene Kultursysteme und als deren Bestandteil um Wissenschaftskulturen, dann stellen sich oft auch (gesellschafts-)politische Wertfragen. Von einer solchen ist nachfolgend die Rede: Was ist uns die Hochschule in Britannien und Deutschland inhaltlich wert? Wie ist es bestellt um die akademische Kultur zwischen Themse und Tweed, Rhein und Oder? Was will man vom anderen lernen und aus welchen Gründen?

Manche Wege bestehen nur aus Gabelungen. Ein Scheideweg folgt auf den anderen und das schon nach wenigen Schritten. So entstehen Labyrinth, Muster einer Richtungslosigkeit, die sich selbst mit Zielvereinbarungen verbrämt. Je mehr Scheidewege und Selbstverunsicherung über den Sinn einer Institution, je hektischer werden Zielvorgaben produziert. Universitäre Ausschüsse befassen sich unaufhörlich mit strategischen Initiativen, Fünfjahresplänen (die spätestens nach einem Jahr wieder zu revidieren sind), strategischen Partnerschaften, Ausarbeitung von „aims and objectives“, die dann in sogenannten „task-and-finish-groups“ verhackstückt werden: willkommen in der Kommandozentrale der „Global University Ltd.“

Das Universale ist der Universität ursprünglich eingeschrieben gewesen, weniger das Strategische, denn Orte des Wissens neigen zum Explorativen, Experimentellen. Ihre Ausrichtung galt im Zweifelsfall eher des „Himmels unverhofftem Blau“, um ein Wort Stefan Georges zu gebrauchen. Inzwischen jedoch fordert das Mikromanagement in Forschung und Lehre, zumal in England, das genau geplante Modul, das vorab anzugeben hat, was die Studenten wann und warum lernen. Hinzu kommt die Angabe der „transferable skills“, also Angaben dazu, was man für das nachuniver-

sitäre Leben in einem Seminar lernen kann, das sich, sagen wir, mit der Geschichte des Aphorismus beschäftigt.

Die zunächst intendierte europaweite Anglisierung des universitären Betriebs gab sich irreführenderweise den Namen „Bologna“. „Whitehall“ wäre damals ehrlicher gewesen, ging doch Britannien anfangs davon aus, selbst von diesem Reformprozess nicht tangiert zu sein, dafür aber dessen Modell geliefert zu haben. Mit dieser Anglisierung hatte man zunächst offenbar geglaubt, in Sachen „knowledge community“ (was eigentlich stört am Begriff Wissensgemeinschaft?) punkten zu können, ohne zu bemerken, dass man damit allenfalls das Mark einer generativen Wissenskultur – gerade in den Geisteswissenschaften – nur punktiert. Im Entstehen begriffen sind seither Kompetenzzentren ohne tieferen Bildungsanspruch oder allenfalls mit beschränkter geistiger Haftung.

DIE ENGLISCHEN VORGABEN

Ein Wort also zu den englischen Vergleichsvorgaben. Eine der schwerwiegendsten Fehlentwicklungen in Britannien war die vermeintliche Aufwertung der vormaligen Polytechnics zu Universitäten, die insgesamt zu einer Nivellierung des Lehrbetriebs geführt hat. Es gehört zu den Gro-

tesken britischer Hochschulpolitik, dass gerade jene Institution, die nachweislich berufsbezogene Ausbildung auf hohem Niveau betreiben konnte und sollte, die Polytechnics eben, in Universitäten transformiert worden sind, die traditionell weitaus mehr mit der Entwicklung der Wissenskultur und der Wissensproduktion befasst sind als mit berufsbezogenen Studiengängen. In Britannien ist seit 1992 bekanntlich alles „university“, was Diplomstudiengänge und Masters-Programme anbieten kann, sei es in „golf course management“ oder „software design“. Dass die Bundesrepublik Deutschland auch auf der Hochschul Ebene das duale System beibehalten hat, zeugt dagegen von wirklichkeitsorientiertem Weitblick.

Im Zeitalter der moduhäppchengerechten Wissensvermittlung bietet man Wissensprodukte auf dem globalen Markt an, die das Prädikat „cutting-edge“ für sich beanspruchen, vornehmlich von Lehrenden vermittelt, die sich „world leading“ nennen. Statt englischem „understatement“, das längst aus der Mode gekommen ist, autosuggestive Broschürenrhetorik. Dergleichen legitimiert dann, etwa auf der Ebene der Masters-Programme, zum Erheben von sogenannten „premium fees“, Gebühren also, die über dem gewöhnlichen Satz liegen, was im Falle der Business Studies etwa der zwei- bis dreifache Gebührensatz bedeuten kann, von der durch nichts zu rechtfertigenden Tatsache, dass sogenannten „overseas students“ ein Mehrfaches an Gebühren abverlangt wird, zu schweigen. England und Schottland operieren inzwischen universitätspolitisch in einer Weise, die zur Entflechtung des United Kingdom zumindest beiträgt.

Aus gesamtbritischer Sicht gesehen hat es mehr als nur symbolischen Wert, dass die Hochschulpolitik dem Ministerium für „Business, Innovation and Skills“ untersteht und der Wissenschaftspolitik folglich nur einen Staatssekretär zubilligt. Es sei einem jeden überlassen, die Nachahmungswürdigkeit dieses Bubenstücks zu prüfen. Besagte Politik gründet im Wesentlichen auf dem „Browne Report on Higher Education“ (2010) und einem Weißbuch, die beide behauptet haben, die Universitäten hätten bislang ihre Aufgaben nur unzureichend erfüllt, was unbewiesen blieb. Diese „Aufgaben“ betreffen vor allem die berufsbildungsgerechte Ausrichtung der Lehrinhalte. Tatsache ist jedoch, dass bislang im

(noch) Vereinigten Königreich die Arbeitslosenzahlen unter Studienabsolventen im europäischen Vergleichsmaßstab ausgesprochen niedrig gewesen sind. Das trifft übrigens vor allem für Absolventen eines neuphilologischen Studiums zu. (Die höchste Beschäftigungsquote nach Medizin ist jene für Absolventen eines Studiums in German.) Doch gerade diese Studiengänge wurden nun auf Finanzierung durch Gebühren umgestellt. Es handelt sich dabei um eine jener Perversionen in der englischen Hochschulpolitik, die landesweit zu – freilich fruchtlos gebliebenen – Protesten geführt hat. Zumindest eines hat sich dadurch ergeben: Selten zuvor konnten die Universitäten in England ein breiteres Medienecho verbuchen als derzeit.

Was haben wir nicht alles gelernt: modulabgepackte Wissensportionen, „ranking“-Obsession, wie aus Marktforschung marktgerechte Forschung wurde, „spin“ durch „newspeak“ zur Verschleierung der Sachverhalte. Ein besonders apartes Beispiel ist die Verschiebung von „Research Assessment Exercise“ (bis 2008) zu „Research Excellence Framework“ (seither) als Instrumentarium zur landesweiten und alle Disziplinen betreffenden Evaluierung der Forschung, die man sich im Vierjahresrhythmus leistet, wobei 2014 immerhin 20 % auf die Auswertung der Wirkung von Forschung abfällt, erfasst durch die sogenannten „Impact Case Studies“. Forschungsprojekte ohne vorab beschreibbare Wirkungsfaktoren, die über den akademischen Rahmen hinausgehen, wird es daher auf absehbare Zeit in England kaum noch geben. Dieses dem Erkunden, freien Denken, Experimentellen geradezu Hohn sprechende System führt dazu, dass Projekte nicht nur ihre Ergebnisse beim Einreichen der Vorhaben anzugeben haben, sondern auch die voraussichtliche (gesellschaftliche) Wirkungsweise. Der proselytischen Projektmacherei ist dabei Tür und Tor geöffnet, dem damit einhergehenden geistigen Bankrott allzu vieler publikumswirksamer Projektmitteljäger ohnehin.

GEMEINSAMKEITEN IN BEIDEN SYSTEMEN

Unbedingt vergleichbar in beiden Systemen ist die hemmungslose Jargonbildung, die zwar von Anglizismen beherrscht wird, aber auch die deutsche Terminologie fällt nicht unbedingt dadurch auf, dass sie sich sprach- und damit bewusst-

seinskritischer Einsichten verdankt. Ich denke dabei an Wortungetüme wie „Kompetenzkompetenz“ (eben das lässt sich mit einem reflektierten Bildungsbegriff nicht machen!) oder englischerseits „enabling ability“ als Gradmesser für dozentische Leistungen. Ein weiteres Beispiel liefert im deutschen hochschulpolitischen Diskurs der Begriff der „Nachhaltigkeit“. Keine universitäre Presseverlautbarung ohne Hinweis auf die „nachhaltige“ Wirkung dieser oder jener Konzeption. Es ist soweit: Inzwischen findet sich sogar ein Studiengang in Nachhaltigkeit, angeboten von einer norddeutschen Hochschule. Man sollte lieber aus Max Webers Schrift „Wissenschaft als Beruf“ (1917) zitieren, etwa jene Passage, in der Weber davor warnt, Begriffe wie ideologische Hülsen zu verwenden. Vielmehr seien sie als sprachlich-gedankliche Experimente zu verstehen, deren Bedeutung im Fluss bleibe und nur durch „schlichte intellektuelle Rechtschaffenheit“ wieder und wieder gedeutet werden könne.

Was die deutsch-englischen Erfahrungen im Bereich der Hochschulpolitik verbindet und trennt, lässt sich durch Schwerpunkte benennen, und ich wiederhole: Im Sinne der politischen Infrastruktur hat sich – praktisch wie symbolisch – als verheerend ausgewirkt, die Universitäten dem Wirtschaftsministerium zu unterstellen. Das United Kingdom steht vor einem hochschulpolitischen Schisma – Stichwort: die englisch-schottische Antinomie in Sachen Selbstverständnis ihrer Wissenschaftskultur. Deutscherseits besteht ein Hauptproblem in der durch die an sich staunenswerte Exzellenzinitiative möglicherweise entstehenden universitären Zwei-Klassen-Struktur, wiederum „newspeak“-haft ausgedrückt: Ausdifferenzierung durch eine (freilich verspätet wirkende und traditionsferne) Elitebildung, mit der Britannien zumindest nach außen hin keine gesellschaftspsychologischen Probleme hat.

VONEINANDER LERNEN

So anglisierfreudig sich das deutsche System immer wieder gezeigt hat, in einem Bereich hätte dieses Verhalten Vorteile, nämlich in den Anstellungsverfahren für Hochschullehrer, die in der deutschen Praxis viel zu schleppend vor sich geht und in der Gestalt des Privatdozenten die Verelendung eines akademischen Standes perpetuiert. Maßvolle Studiengebühren könnten hier

wirkungsvolle Abhilfe schaffen. Allein der eher hilflose Umgang mit der Studiengebührenfrage hierzulande hat gezeigt, wie traditionsverhaftet bestimmte Verhaltensweisen im akademischen Bereich nun einmal sind. Statt die Mittel für Planstellen zu verwenden, wurden meist nur zeitlich befristete Lehrkräfte für Tutorien eingestellt. Hochschulstrukturpolitisch sollte es sich die deutsche Bundesrepublik leisten können, das Verhältnis zwischen akademischem Mittelbau und der Professorenschaft durchlässiger zu gestalten, Privatdozenten (wenn man denn diese Bezeichnung beibehalten möchte) Zukunftsperspektiven zu bieten und diese Reform durch Mindeststudiengebühren zumindest zum Teil zu finanzieren. Diese Annäherung an das englische, in diesem Falle gesamtbritische System wäre mittelfristig sinnvoll. Denn die Staffelung des Dozentenwesens in Lecturer, Senior Lecturer, Reader, Professor hat sich seit Langem ausgesprochen bewährt.

Vergegenwärtigen wir uns ein Gegenbeispiel. Es ist selten genug: Ein englischer Staatssekretär für die Universitäten und Wissenschaft interessiert sich für ein deutsches Modell und drängt auf Umsetzung. So geschehen in Gestalt von David Willetts, der nachdrücklich Gefallen am Modell der Fraunhofer-Institute gefunden hat. Durch ihre Adaption versucht die britische Regierung über den „Technological Strategy Board“ die institutionellen Voraussetzungen für einen nachhaltigen Innovations Schub in Britannien zu schaffen, und zwar in den Bereichen Satellitentechnologie, qualitative Steigerung der Herstellungsindustrie, Zelltherapie, digitale Ökonomie und erneuerbare Energien. Bezeichnenderweise heißen diese Institute in Britannien „Catapults“. Was ihnen fehlt, ist langfristige Finanzierung, Verbindung von Grundlagen- und Spitzenforschung und ein erkennbares integriertes Entwicklungskonzept, also alles das, was die Fraunhofer-Institute in ihrem Wesenskern auszeichnet. Man setzt stattdessen auf kurzatmiges Katapultieren, wobei man auf das im Bereich von Forschung ungefähr bizarrste Wort verfallen ist, um deren Prinzipien zu beschreiben. Verfehlt ist selten vom anderen gelernt worden. Da fügt es sich ins Bild eigenartiger Selbstverblendung, wenn der Finanzminister des Landes behauptet, Britannien werde Europas Technologiezentrum werden, was pikanterweise von tags darauf veröffentlichten Statistiken des

Europäischen Patentamts konterkariert wurde, die unter den fünfzig Spitzenpatentanmeldungen nur eine zur Hälfte britisch zu nennende Korporation aufführt (Unilever).

GEMEINSAME PROBLEMFELDER

Wiederum enger auf die Hochschulen bezogen stellt sich freilich ein Problem, das jenseits der Finanzierungsmodelle angesiedelt ist, aber zu oft ausgeblendet wird – ein Problem, das deutsche wie britische Hochschulen teilen, weil es ein globales Phänomen geworden ist: die fortschreitende Virtualisierung der Lehr- und Lernbedingungen. Das Stichwort „Virtual Learning Environment“ gehört zu den größten Herausforderungen für den herkömmlichen Hochschulbetrieb, die gemeinhin eher verdrängt denn thematisiert werden. Zwar figurieren Hinweise auf VLE in Modulbeschreibungen und gelegentlich findet sich in einschlägigen Studien der Hinweis, die Fernuniversität oder Open University, früher die Funkkollegs, seien Sonderphänomene. Aber werden sie nicht mehr und mehr zum Modellfall, aus dem eine Norm für die Restrukturierung der Hochschulen werden kann? Zu denken ist hier an die Khan Academy oder das Experiment, das im Herbst 2011 in Stanford lief, und zwar mit einem Studienprogramm „Introduction to Artificial Intelligence“, das weltweit gebührenfrei über 160.000 Studenten belegten. Nebenbei bemerkt: Einer der virtuell Lehrenden, Peter Norvig, ist gleichzeitig Director of Research bei Google. Dieses Szenarium gilt es künftig in den Blick zu nehmen, selbst dann wenn vermeintlich nur bilaterale hochschulpolitische Transferfragen in Rede stehen. Ist inzwischen das Interesse an Lehr- und Lerntechnologien größer als jenes an Inhalten? Gilt auch hier, dass das Medium der Inhalt ist?

Bei „Vergleichen“ der vorliegenden Art liegt es nahe, sich in Einzelbeispielen zu verlieren – von der Problematisierung der Habilitation bis zur Art studentischer Mitwirkung an der Gestaltung der Curricula. Die britische Skala etwa reicht von deutscherseits unbekanntem systematisierten, anonym-elektronisch ausgewerteten Qualitätsrückmeldeverfahren für die Lehre in den einzelnen Modulen, auch „feedback“ genannt, bis zum „National Student Survey“, dessen methodologische Fragwürdigkeit schwer zu überbieten ist, bleiben dabei doch ganze Fachgruppen einfach

unberücksichtigt, weil sie zahlenmäßig nicht oder nicht mehr ins Gewicht fallen. Anders gesagt: Quantität gibt sich auch hier den Anschein von Qualität.

Ein gemeinsames Problemfeld erscheint mir schwerwiegender: Die Frage der Beurteilungs- und Entscheidungskompetenz innerhalb des universitären Betriebs. Da in zunehmendem, wenn nicht erschreckendem Maße Verwaltungsaufgaben und Wissenschaftsmanagement von Hochschullehrern übernommen werden müssen, die Leitungsfunktion haben in innerhalb von Großfakultäten als Schools organisierten Instituten, Fachschaften oder Departments, können sachkompetente Entscheidungen längst nicht mehr garantiert werden. Der Zielkonflikt ist im Rahmen der prinzipiell wertvollen universitären Selbstverwaltung offensichtlich: Einerseits soll es nicht zu einer Entkoppelung von Forschung, Lehre und Verwaltung kommen, da sonst fach- und lehrpraxisfremde bürokratische Entscheidungen drohen. Andererseits haben die arbeitsrechtlichen, finanztechnischen und planungstechnischen Probleme Komplexitätsgrade erreicht, die Verwaltungsfachleute erfordern. Ob wir es uns eingestehen oder nicht, viele von uns arbeiten im akademischen Getriebe am Rande des vom System generierten Dilettantismus, der Überforderung oder Selbstüberschätzung.

Ein entscheidender gemeinsamer, freilich nicht nur britisch-deutscher Problemnenner ist jedoch, welchen gesamtgesellschaftlichen Stellenwert wir Bildung und Forschung einräumen, wie sich die Hochschulen organisieren und wie sich Wissenschaft strukturiert. Insbesondere in England haben wir uns über Jahre auf eine Scheinautonomie der Universitäten zubewegt, die kaum von inhaltlichen Wertsetzungen getragen worden ist, sondern von Ressourcenzuteilung oder deren Entzug. Diese Scheinautonomie hat jedoch zu einem exponentiellen Anwachsen der internen Kontrollmechanismen geführt, ganz gleich nach welchem Strukturmodell sich die Universitäten richten, ob sie sich in Großfakultäten oder kleinen beweglicheren Einheiten organisieren. Darin drückt sich ein grundsätzliches Misstrauen gegen die Dozentenschaft aus, die sich ihrerseits nicht selten hoffnungslos überfordert sieht durch zusätzliche verwaltungstechnische Aufgaben, deren Zeitaufwand in keinem Verhältnis zum Ertrag steht und

entsprechende Energien von Forschung und Lehre abzieht. Wer heute nach einem äußerlich liberal wirkenden, nach innen jedoch überbürokratisierten System sucht, wird es in den englischen Hochschulen finden. Verlorengegangen ist dabei das Ethos, sofern man von werbewirksamen Parolen eitler Selbstüberbietung absieht, die sich für Hochglanzbroschüren und Website-Auftritte eignet, das akademische Selbstverständnis als einer fundamental kritisch-produktiven Tätigkeit jedoch bestenfalls parodiert.

Wenn es etwas gibt, was beide Systeme gemeinsam neu lernen müssen, dann das Schaffen von akademischen Freiräumen, in denen forschend gelehrt und lehrend geforscht werden kann und in denen Wissenschaftler sich ihrem Eigentlichen widmen können und nicht auf Drittmitteljagd ganze Forschungssemester damit verbringen, Anträge auszufüllen. Wünschenswert wäre eine fortschreitende Kollaboration unserer Forschungsförderungsinstitute. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem „Arts and Humanities Research Council“ aufgelegte, dann wieder unterbrochene, schließlich neu ausgedesigene gemeinsame Programm bedeutet einen zaghaften Schritt in die richtige Richtung. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit der Wissenschafts- und Kunstakademien. Eine erfolgreiche, erprobte Bilateralität kann eine sehr gute Grundlage sein, um erweiterte Projekte im EU-Rahmen und darüber hinaus glaubhaft zu entwickeln. Zu oft wird immer noch versucht, eine sogenannte internationale Forschergruppe zusammenzubringen, die aber nicht aus tragfähigen, bereits bilateral bewährten Komponenten besteht.

Was wir voneinander lernen sollten: den Evaluationswahn zu therapieren, die Groteske namens „impact“ zu kontern und damit ein System, das Forscherinnen und Forscher dazu zwingt, ihre eigenen Wirkungsanalysen zu betreiben, und ihre Institutionen dazu verleitet, „ghost-writer“ einzustellen, um überzeugende „narratives“ in Sachen gesamtgesellschaftlicher Wirkung von Forschung zu erstellen. Wollen oder können wir ihn wirklich beseitigen, den produktiven Leerlauf in der Forschung? Verdanken wir ihm nicht einige der größten wissenschaftlichen Errungenschaften? Es soll ja noch vorkommen, dass die Forschungsergebnisse nicht längst vor Beginn der Arbeit feststehen, obzwar die Drittmittelgewährer das

genaue Gegenteil fordern oder zu erwarten scheinen. Zu erwähnen ist hier die Tendenz vieler Wissenschaftsstiftungen, operativ vorzugehen und nur noch Anträge zu berücksichtigen, die sich diesen operativen Vorgaben unterordnen. So nachvollziehbar dies aus der Sicht des stiftungspolitischen Planungsrationalismus auch sein mag, es hemmt die Vielfalt in der Forschung. Gleichzeitig leistet sich der Staat ein Evaluierungssystem, in Deutschland auf die Exzellenzinitiative bezogen, in Britannien auf die Mechanismen des „Research Excellence Framework“, dessen Kostenaufwand – gerade in Britannien – in keinem Verhältnis zu dem steht, was damit an konkreter Forschung oder an Graduiertenstipendien finanziert werden könnte.

ABSCHLIEßENDE BEMERKUNGEN

Abschließend sei noch einmal das Stichwort „föderale Struktur der Wissenschaftskultur“ erwogen. Wissenschaften sind in sich plural. Eine pluralistische Struktur wird ihnen institutionell, also verwaltungstechnisch, und in ihrer politischen Kontextualisierung am angemessensten gerecht. Im britisch-deutschen Verhältnis ergibt sich hierbei einmal mehr eine paradoxe Situation: Während deutscherseits zunehmend ein Überdruß an den vermeintlich ineffizienten, Entwicklungsprozesse verlangsamenden Auswirkungen des föderalistischen Bildungs- und Hochschulsystems spürbar ist, beginnt man in Britannien Chancen einer dezentralisierten Hochschulpolitik zu erkennen. Dass Wissenschaftspolitik – gerade auch wenn sie mit Standortfragen verbunden ist – regionale Förderungspolitik betreibt, hat man in Wales, Nordirland und Schottland erkannt und begreift sie nun, dort zumindest, als Teil einer wertorientierten Entflechtung des englischen Zentralismus. Dazu gehört auch ein von der University of Warwick und meinem College, Queen Mary, University of London, entwickeltes Modell einer „strategic partnership“, die den Zentralismus relativiert und ganz neue Perspektiven interregionaler Wissenschaftskooperation eröffnet (Grafschaft Warwickshire und Ost-London) und auf die Kompatibilität beziehungsweise wechselseitige Ergänzungen ihrer Studien- und Forschungsprogramme baut, wobei diese Institutionen ihre globalen Verflechtungen mit in diese Partnerschaft einbringen.

Wissenschaft als plurales Konzept setzt jedoch voraus, dass gerade die Fächervielfalt erhalten und weiter entwickelt werden muss. Unbedingt richtig ist, dass nicht jede Universität „alles“ anbieten kann. Die Bündelung von Forschungsinvestitionen, das Herausbilden von fachspezifischen und interdisziplinären Synergien in bestimmten Regionen ist längst unverzichtbarer Bestandteil in der wissenschaftspolitischen Infrastruktur beider Kulturen. Das muss nicht auf Kosten einer pluralen Wissenschaftskultur gehen, sofern der politische, sprich: gesamtgesellschaftliche Wille vorhanden ist, diese Pluralität als einen Grundwert in der Kultur aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Beide Systeme haben Anlass, dies immer wieder neu zu lernen und umzusetzen. Das wird ihnen diesseits und jenseits des Ärmelkanals aber nur dann gelingen, wenn sich die Universitäten wieder auf das besinnen, was sie eigentlich sind: Sachwalter einer einzigartigen Tradition, Vertrauensinstitutionen für die geistige Überlieferung, ihre Interpretation und Weiterentwicklung.

Inzwischen sind wir in Deutschland eine Exzellenzinitiativenrunde weiter und in England hat die neue Finanzierungsstruktur für die Universitäten im Bereich der Geisteswissenschaften erste erkennbare Folgen gezeitigt: Sie sind zum Notstandsgebiet geworden (Rückgang der Studen-tenzahlen in den Neuphilologien um landesweit 25 % im Studienjahr 2012/13), was inzwischen zu einer verzweifelt wirkenden Initiative geführt hat: der Gründung des „Council for the Defense of British Universities“ (CDBU), einer privaten Initiative, hinter der so bekannte Namen wie David Attenborough, A. S. Byatt, Richard Dawkins und Andrew Motion stehen. Jeder kann sich diesem Council anschließen. Um einen Obulus – in welcher Höhe auch immer – wird gebeten: Notopfer Geist. Gleichzeitig hat der Londoner Philosoph, A. C. Grayling, sein „New College of Humanities“ gegründet. Die Studiengebühren betragen achtzehntausend Pfund pro Jahr, also das Doppelte dessen, was staatliche Hochschulen an Gebühren erheben.

Derweilen ist das „Scottish Funding Council“ neue Zielvereinbarungen mit den Universitäten „jenseit des Tweed“ (Theodor Fontane) eingegangen, wobei es die Aufwendungen für das Hochschulwesen im Vergleich zum Vorjahr um – aus englischer Sicht – sagenhafte 12,4 % gesteigert hat, wobei die Mittel jenen Universitäten wieder

entzogen werden, die vereinbarte Zielvorgaben nicht einhalten. Im englischen „newspeak“ heißt das „deliver, deliver, deliver“: Aus Akademikern werden Lieferanten. Wer nicht fristgerecht Wissen liefert, ist geliefert. Das Produkt Wissen notiert seinen Handelswert in den verschiedenen Sparten des „knowledge ex-change“, landläufig als Wissensaustausch, Wissenstransfer verstanden. Doch fällt die Nähe zu den Begriff „stock exchange“ auf, also (Wissens-) Börse. Was den einen der Ftse oder DAX, ist den anderen der REF-Index, Kürzel für „Research Excellence Framework“, eine Verschärfung des früheren „Research Assessment Exercise“, das für einen gigantischen Evaluationsaufwand steht, den man sich 2014 in UK wieder glaubt leisten zu können. Die Vorbereitungen hierfür sind bereits seit gut zwei Jahren im Gange, indem nahezu alle Hochschulinstitute aufwändige, wichtige Ressourcen und Forschungszeit bindende „dry runs“ in Auftrag geben, um genau zu wissen, wie man sich strategisch positionieren kann, um nach 2014 als „world class institution“ für sich werben zu können. Hier noch „vergleichen“ zu wollen, wäre in der Tat Frevel, abgesehen von einer Verwandtschaft zwischen deutschen Exzellenzrunden und dem REF-Börsengang britischer Universitäten: Die fortschreitende Entflechtung von Forschung und Lehre lässt sich da wie dort nicht länger übersehen. Und das ist die schon mittelfristig verhängnisvollste Gemeinsamkeit in der Wissenschaftspolitik der beiden Kulturen.

|| PROF. DR. RÜDIGER GÖRNER

Direktor des Centre for Anglo-German Cultural Relations am Queen Mary College, University of London

ANMERKUNG

- * Die essayistische Vortragsform des Beitrages wurde auch für den Druck beibehalten und somit auf einen Apparat verzichtet. Der Text stellt gleichsam einen Extrakt dessen dar, was ich über Jahre hin zu diesen Fragen vorgelegt habe und was inzwischen in Buchform erschienen ist. Görner, Rüdiger: Dem lebendigen Geist. Britisch-deutsche Interventionen zur Hochschulpolitik, Forum 81, Deutscher Hochschulverband, Bonn 2011. Die im britischen Kontext wichtigste Veröffentlichung zu diesem Themenbereich stammt von Collini, Stefan: What are Universities for? A contemporary manifesto in defence of our universities, London 2012.